

PRESSEAUSENDUNG uniko 23.9.2008

Rektorenchef Badelt weist Wahlkampfretorik der SPÖ zurück

Zur heutigen Kritik an dem Appell der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko), den Drei-Parteien-Antrag zum Universitätsgesetz nicht vor der Nationalratswahl zu beschließen, hält die uniko Folgendes fest: Der entsprechende Beschluss wurde am Montagabend in einer außerordentlichen Plenarversammlung der Universitätenkonferenz mit einer einzigen Gegenstimme verabschiedet. Die Unterstellungen von SPÖ-Klubobmann Josef Cap, dass die Warnungen vor den Plänen von SPÖ, Grünen und FPÖ und die jüngste Kritik von Rektorenchef Christoph Badelt auf eine Aktion der ÖVP-Wahlzentrale zurückgehen, sind Wahlkampfretorik und werden aufs Schärfste zurückgewiesen.

In der Hitze des Intensivwahlkampfes ist offensichtlich auch der Wissenschaftssprecher der SPÖ, Josef Broukal, nicht willens, sachliche Kritik im Zusammenhang mit der Änderung des Universitätsgesetzes zur Kenntnis zu nehmen. Zur Entkräftung von Broukals heutigen Behauptungen, die Aussagen des Präsidenten der Universitätenkonferenz seien „grob unwahr“, sei dem Wissenschaftssprecher der SPÖ nochmals der vollständige Satz der vorangegangenen uniko-Aussendung entgegengehalten: Nicht der Entfall der Studiengebühren bringt die Universitäten in eine unhaltbare Situation, sondern „die Verknüpfung eines weitgehenden Entfalls der Studienbeiträge mit der Aufhebung der Zugangsbeschränkungen in bestimmten Fächern“.

Die Befürchtungen der uniko als Folge der Ausweitung von Studienplätzen im Fachbereich Medizin wurden heute von den Rektoren aller drei Medizin-Universitäten in einer eigenen Aussendung ausdrücklich bekräftigt. Zudem waren alle Wissenschaftssprecher zur heutigen Tagung der Universitätenkonferenz eingeladen, teilgenommen haben nur ÖVP-Wissenschaftssprecherin Beatrix Karl und FPÖ-Wissenschaftssprecher Martin Graf (bei der Pressekonferenz). Bedauerlicherweise übersteigt es augenscheinlich das Vorstellungsvermögen mancher Volksvertreter, dass es der Universitätenkonferenz nicht um Parteipolitik, sondern um das Wohl der heimischen Universitäten geht.

Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt
Präsident der Österreichischen Universitätenkonferenz